



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitstreiter,

auch heute heißt es wieder: „Post für 006“!

Aktuelle politische Situation

Die Diskussion über eine **stärkere Beteiligung von Frauen in der Politik** hat auch in dieser Sitzungswoche eine große Rolle in- und außerhalb des Parlaments gespielt. Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März wird es dazu in der kommenden Sitzungswoche eine Debatte geben.



Über dieses Thema habe ich in dieser Woche auch mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung gesprochen. Für mich gilt nach wie vor folgendes - und das habe ich ja auch schon in einer Rede im Bundestag so gesagt: Natürlich brauchen wir mehr Frauen in der Politik. **Aber eine Quote ist aus meiner Sicht dafür nicht der richtige Weg.** Frauen dürfen in Deutschland seit 100 Jahren wählen und gewählt werden. Eine gesetzliche Quote in den Parlamenten degradiert Frauen aber aus meiner Sicht zu schutzbedürftigen Benachteiligten, die sich in der Politik nicht aus eigener Kraft durchsetzen können.

Ich halte dies für ein falsches Signal. Und es entspricht auch nicht meiner eigenen politischen Erfahrung. Vielmehr müssen die Rahmbedingungen weiter so verbessert werden, damit sich noch mehr Frauen in der Politik engagieren. Dazu zählt neben der Vereinbarkeit von Familie/Pflege und Beruf auch eine gezielte Förderung von Frauen oder das gezielte Besetzen von "klassischen Männerthemen", wie etwa Wirtschaft und Finanzen.

Ich weiß natürlich, dass es auch gute Argumente für eine Quote gibt. **Wie stehen sie dazu? Schreiben Sie mir!**



Kennen Sie schon meinen neuen **WhatsApp-Informationen-Service?**

Diese Woche im Plenum

Am Mittwoch Abend hatte sich der Vermittlungsausschuss auf verschiedene **Grundgesetzänderungen** geeinigt, noch am Donnerstag haben wir diese dann im Bundestag auf den Weg gebracht. Das ist eine gute Nachricht für Schulen, Mieter und Gemeinden. Was sind die Ergebnisse im Einzelnen?

- Digitalpakt Schule: Wir stellen den Ländern insgesamt fünf Milliarden Euro für digitale Infrastruktur an Schulen zur Verfügung, wovon Schleswig-Holstein gut 171 Millionen Euro erhält. Diese Mittel sollen auch für die "Nutzbarmachung" durch Systemadministratoren oder die Qualifizierung von Lehrern eingesetzt werden.
- Sozialer Wohnungsbau: Durch eine Grundgesetzänderung können wir den sozialen Wohnungsbau in 2020 und 2021 mit zwei Milliarden Euro als prioritäre Maßnahme fördern.
- Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz: Bis 2021 werden die Mittel für den kommunalen Straßenbau von derzeit 333 Millionen pro Jahr auf dann eine Milliarde Euro pro Jahr erhöht.

Wichtig bei diesen Änderungen ist auch, dass die **Bundesmitten nur zusätzlich** zu den Mitteln der Länder bereitgestellt werden. Das heißt, dass die Länder ihre eigenen Mittel für den jeweiligen Bereich nicht kürzen und zweckentfremden können. Zudem hat der Bund bestimmte Kontrollrechte im Bereich Wohnungsbau und Straßen.

Am Donnerstag haben wir zudem die Verbesserungen der Informationen über einen Schwangerschaftsabbruch beschlossen (s. "Post für 006" vom 15. Februar 2019). Außerdem haben wir einen gemeinsamen Koalitionsantrag verabschiedet, um die **Kinder- und Jugendhilfe weiterzuentwickeln**. Konkret wollen wir z.B. eine temporäre unabhängige Anlaufstelle schaffen, in der Eltern, Kinder, Jugendliche etc. vertraulich berichten können, welche Erfahrungen sie mit dem bisherigen Hilfesystem gemacht haben. Darauf aufbauend wollen wir dann entsprechende Verbesserungen in der Kinder- und Jugendhilfe auf den Weg bringen.

Weitere Termine in dieser Woche

In jeder Plenarwoche nehme ich viele Termine wahr, die aus meiner Sicht wichtig auch für unseren Wahlkreis bzw. Schleswig-Holstein sind. Hier finden Sie eine kleine Auswahl:

a) CDU-Landesgruppe Schleswig-Holstein

Am Montag Abend hatten wir **Verkehrsminister Andreas Scheuer** zu Gast bei uns in der CDU-Landesgruppe SH. Wir haben dabei einmal mehr die Vorzüge eines LNG-Terminals in Brunsbüttel deutlich gemacht. Die Signale seitens der Bundesregierung sind in dieser Hinsicht positiv. Zugleich haben wir auch dafür geworben, dass besonders umweltfreundliche Schiffe in Zukunft niedrigere Abgaben auf dem NOK zahlen sollen.



b) AG Kommunalpolitik

Ab wann können Bürger alle Verwaltungsleistungen digital erledigen? Das war die zentrale Frage in der AG Kommunalpolitik am Dienstag. Staatsministerin Dorothee Bär hat uns dabei einen Überblick gegeben, wie das **"Onlinezugangsgesetz"** umgesetzt werden soll. Ziel ist es, bis 2022 alle Verwaltungsdienstleistungen - einfach, schnell, sicher und medienbruchfrei - anzubieten. Ich unterstütze dabei den Ansatz von Doro Bär, Anwendungen nach und nach freizugeben, sobald sie fertig sind - und nicht erst 2022 eine Komplettlösung vorzustellen.



c) Arbeitskreis Küste

Im Rahmen eines Arbeitsfrühstücks in der Landesvertretung Schleswig-Holstein hat Jens Hansen von der **HHLA** über die **Zukunft des Hamburger Hafens** berichtet. Dabei ging es nicht nur um aktuelle Infrastrukturvorhaben, wie die Elbrinnenanpassung oder den Terminalausbau. Er hat einen sehr spannenden Überblick darüber gegeben, welchen Einfluss die chinesischen Pläne zur "Neuen Seidenstraße" auch auf die Güterverkehre für uns im Norden hat.



*Auch auf meiner **Facebook-Seite** finden Sie aktuelle Infos über meine Arbeit!*

Vorgezogener Politischer Aschermittwoch

Rainer Wendt, der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, kommt am Mittwoch, d. 27. Februar 2019, um 19:00 Uhr nach Neumünster. Im **"Hotel Prisma"** gibt es einen "Vorgezogenen Politischen Aschermittwoch". Dabei spricht Rainer Wendt zum Thema **"Sicherheit und Freiheit - wohin steuert Deutschland?"**. Im Anschluss stellt er sich den Fragen der Gäste. Ich möchte Sie daher sehr herzlich zu diesem sicherlich spannenden Abend einladen und freue mich auf Sie!



Termin-Auswahl

23. Februar

Gemeinde Schönkirchen

725-Jahr-Feier

25. Februar

BBW Neumünster

Infobesuch

26. Februar

Paritätischer Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein

Infogespräch

26. Februar

St. Katharinen Kirche Kirchbarkau

Infogespräch zum Denkmalschutzsonderprogramm

27. Februar

Bundeswehr Todendorf

Infobesuch

27. Februar

"Vorgezogener Politischer Aschermittwoch" mit Rainer Wendt (Dt. Polizeigewerkschaft)

02. März

JU im Kreis Plön und Mideast Freedom Forum Berlin

Israel-Seminar

02. März

THW Preetz

Fahrzeugübergabe

04. März

BIG Städtebau

Infogespräch

04. März

CDU Schleswig-Holstein

Erw. Landesvorstand

05. März

IHK Kiel

Jahresempfang

06. März

MIT im Kreis Plön

Politischer Aschermittwoch

09. März

Paul Zimiak "Deutschland 2019 - Was wir jetzt tun müssen!"

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Melanie Bernstein

P.S.: Wenn Sie Themen oder Termine haben, die wichtig sind aus Ihrer Sicht – dann schreiben Sie mir gerne an melanie.bernstein@bundestag.de. Ich freue mich!

[Impressum](#)

[Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.](#)